

PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann, MdL



Deutscher Bundestag fördert niedersächsisches Pilotprojekt zu Heimatsammlungen

AUCH IM NÄCHSTEN JAHR BETEILIGT SICH BERLIN MIT 50.000 EURO

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat am 26. November 2020 auf der Bereinigungssitzung zusätzliche Mittel für die Kulturförderung gemäß dem Bundesvertriebenengesetz beschlossen. Berücksichtigt wurden dabei erneut die niedersächsischen Heimatsammlungen aus den historisch ostdeutschen Gebieten. Die Niedersächsische Landesbeauftragte Editha Westmann hat mit dem Museumsverband für Niedersachsen und Bremen ein Pilotprojekt entwickelt, das auf drei Jahre angelegt ist. Dieses Vorhaben hat den dezentralen Fortbestand der Heimatsammlungen in Niedersachsen zum Ziel. Im zweiten Projektjahr wird der Bund das Projekt mit weiteren 50.000 Euro unterstützen.

Im Mittelpunkt stehen die Begleitung und Beratung der Sammlungsbetreuer bei der Aufrechterhaltung autarker Sammlungen, die Erschließung der Sammlungen nach musealen Standards, Maßnahmen zur präventiven Konservierung sowie die virtuelle Nutzbarmachung im transnationalen Kontext. Eckhard Pols, der Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, begründet die Entscheidung mit der wegweisenden Ausrichtung des Projekts: „Die Ergebnisse lassen sich auch auf andere Bundesländer übertragen und sind ein wichtiger Beitrag zum langfristigen Erhalt von Zeugnissen der historischen deutschen Ostgebiete.“

Die Niedersächsische Landesbeauftragte Editha Westmann begrüßt diese Entscheidung: „Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat die Qualität unseres Projekts erneut bestätigt. Mit Dr. Barbara Magen und Natalie Reinsch vom Museumsverband wissen wir die Umsetzung der angestrebten Ziele in qualifizierten Händen. Ich danke allen, die sich für die Heimatsammlungen in Niedersachsen starkgemacht haben und sich für deren Zukunft weiter einsetzen.“

Hannover, den 30. November 2020